

Lichtenstein-Callberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Kösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Rindorf, Ortmannsdorf, Willen St. Niklas, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Horn, Niedermüllern, Kallshappel und Zirkelheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbezirk

59. Jahrgang.

Nr. 55.

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

Sonntag, den 7. März.

Haupt-Insertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

1909

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark 50 Pfennige, durch die Post bezogen 1 RM. 75 Pf. Einzelne Nummern 10 Pfennige. Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Südweststr. Nr. 5 b, alle hiesigen Postämter, Postboten, sowie die Ausländer entgegen. Inserate werden die halbjährliche Grundgebühr mit 10 Pf. für auswärtige Inserenten mit 15 Pf. berechnet. Kleinanzeigen 30 Pf. Im amtlichen Teile kostet die zwölfwöchentliche Seite 80 Pf. Hauptredaktion: Lichtenstein, Südweststr. Nr. 7. Telegrafische Adresse: Tageblatt.

In das Güterrechtsregister ist am 5. März 1909 eingetragen worden, daß der Fuhrwerksbesitzer Ernst Louis Schaffer in Hohndorf das Recht seiner Frau Klara verm. geb. Neuhans geb. Ködlig z. St. in Lichtenstein, innerhalb ihres häuslichen Wirkungsranges seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, aufgeschlossen hat.

Königliches Amtsgericht Lichtenstein.

Die Volksbibliothek zu Callberg
Montags von 2—3, Mittwochs und Sonnabends 11—12 Uhr geöffnet.

Die Volksbibliothek zu Hohndorf
ist täglich während der Expeditionszeit des Gemeindeamtes geöffnet und wird zur fleißigen Benutzung angelegentlich empfohlen

Das Wichtigste.

Der Kaiser fuhr gestern an Bord der „Deutschland“ von Helgoland nach Bremerhaven, wo die „Deutschland“ mit den Begleitschiffen Anker warf. Die kaiserliche Regierung hat ein Ausfuhrverbot für Wehl, Getreide, Senf, Ziroh, Mehl usw. erlassen.

Ministerpräsident Balgane teilte im Unterhause mit, daß die Territorialreform in den ersten sieben Wochen dieses Jahres eine Erhöhung von 30.000 Einwohnern und Mannschaften erfahren habe.

In Züri wurden gestern wieder an verschiedenen Orten Erdbeben verspürt.

Bei einem Eisenbahnunfall in England wurden eine Dame und zwei Eisenbahnbeamte getötet, ein Fünftausend verletzt.

Antonie heftiger Schneesturm in Amerika sind viele Häuser im Schnee heften geblieben.

Das Steuerkompromiß.

Wir schreiben schon gestern, daß um das Verleugnungsprodukt des Steuerkompromisses wahrscheinlich ein heißer Streit entbrennen werde. Und soweit wir heute überlegen können, findet es in der Presse denn auch fast durchwegs eine ungünstige Beurteilung. Das Kompromiß mit allen seinen Bestimmungen weist nichts als eine unerträgliche Einseitigkeit in die Rechte der Einzelstaaten darstellt. Dem gegenüber sollte es seitens der verbündeten Regierungen nur ein entschiedenes, nicht mehr anzuzweifelndes Unannehmbar geben. Mit einer Mitarbeit, die so alle Züge eines Verleugnungsproduktes an sich trägt, kann das große Reformwerk nicht verunglückt werden. Jetzt ist der Augenblick gegeben, zu handeln. Wäre er nicht ungenutzt geblieben! Dann werden wir doch vielleicht noch in Rücksicht zu einer Steuerreform kommen, welche die Grundfragen unserer Reichsverfassung und die Freude der Einzelstaaten am Reiche nicht gefährdet und welche dem einzelnen Steuerzahler nicht solche, jedes Jahr aufs neue ihn bedrückende Lasten auferlegt, wie die gewöhnliche Einkommensteuer, die doch weiter nichts bedeutet als ein dauerndes und von den wechselläufigen Mehrheiten im Reichstage abhängiges und sicher immer fruchtbarer werdendes Anzeichen der Einkommensvermehrung. Die gewöhnliche Einkommensteuer würde aber nicht nur die Freude am Reiche bedrohen, sondern auch auf die politische Stimmung innerhalb der Einzelstaaten verhängnisvoll einwirken und jedenfalls in der parteipolitischen Zusammenfassung der Einzelstaaten schließlich unüberwindliche Schwierigkeiten herbeiführen. Also fort damit — in die Welt hinaus!

Die kaiserliche Regierung wird, davon kann man nach ihrem ganzen Verhalten in der vorliegenden Frage überzeugt sein, im Bundesrate sich eher nicht gegen das Kompromiß in der angenommenen Form aussprechen, und sie wird dabei sicher auch die übrigen Bundesstaaten auf ihrer Seite haben.

Erstnennendweise erhebt auch die kaiserliche Zeitung gegen das Kompromiß heftigen Protest. Sie schreibt ganz im Sinne unserer Ausführungen:

„Ein derartiges Kompromiß würde nichts mehr und nichts weniger bedeuten als eine Vernichtung der Finanzhoheit der Einzelstaaten, es würde an Stelle der Kontributionsbeiträge, die jeder aufbringen kann, wie er will, Kontributionsbeiträge geben, deren Aufbringung das Reich nach alle-

meinen Grundgesetzen vorschreibt, ohne Rücksicht auf die finanzielle Landesverfassung, ohne Rücksicht darauf, daß die kleineren Bundesstaaten damit in einer Weise bedrückt werden könnten, die ihre wenigen reichen Leute zur Abwanderung in andere Bundesstaaten veranlassen müßte. Der Grundgedanke des angeblichen Kompromißvorschlages ist einfach eine verfassungswidrige Ungleichbehandlung, ob deren Größe jedem deutschen Staatsrechtler jedenfalls die Haare zu Berge stehen werden. Wir können weder von den Reichsmitgliedern, noch von den Nationalliberalen annehmen, daß sie ein so acartes Kompromiß mitmachen. Wir glauben aber auch nicht, daß irgend ein deutscher Finanzminister, selbst nicht der in Punkt nachfolgender zum Baus des neuen Reiches einen derartigen Weg zur Vermögensvermehrung innerhalb der Reichsfinanzreform gehen wird. Das ewige Din und Her der Reichsfinanzreform hat längst in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes den schärfsten Punkt nach einer starken Reform erreicht, die weiß, was sie will und den Weg, den sie als richtig anerkennt hat, beibehält ohne Rücksicht auf agrarische Trohungen und ohne Rücksicht, deren Nachfolge bisher stets in Lasten für die Zukunft geführt haben.“

Auf den weiteren Gang der Dinge darf man demnach mit Recht gespannt sein.

Deutsches Reich.

Berlin. Am Zerbien? Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Noch ehe positiv steht, daß Zerbien die von allen Mächten gewünschte Verjüngung seiner Friedfertigkeit und seines Verzichtes auf territoriale Ansprüche abgeben hat, beschäftigt hat ein großer Teil der Presse mit der angeblich unverständlichen Haltung Österreich-Ungarns. Diese soll darin liegen, daß Österreich-Ungarn verlangt, über die Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiete, die es Zerbien gewähren zu können glaubt, direkt mit Zerbien zu verhandeln. Diese Forderung ist aber geradezu selbstverständlich. Soll etwa Österreich-Ungarn mit der Gesamtheit der Signatarmächte oder mit einer von ihnen über einen jenseitigen Handelsvertrag oder über die detaillierten Bedingungen der jenseitig-österreichisch-ungarischen Eisenbahnverträge verhandeln? Daß dies nicht geht, ist so einleuchtend, daß die Forderung, Österreich-Ungarn solle bei seinen Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen die Mächte als Mandatäre Zerbien zulassen, von niemand aufgestellt werden sollte, der eine friedliche und billige Verlegung der bisherigen Verhältnisse ernstlich wünscht. Um einen Versuch der Einbürgerung und Vermittlung Österreich-Ungarns kann es sich nicht handeln, da im voraus steht, daß ein solcher Versuch an der Ablehnung der von Deutschland unterstützten Doppelmonarchie scheitern müßte.

Der Reichstag jetzt ändern die Beratung des Gesetzes fort. Die Finanzkommission des Reichstages berendete am Freitag die Beratung des Entwurfs, betreffend die Änderung des Erbschaftsteuergesetzes. Es wurde dann in die Beratung des Tabaksteuerentwurfes eingetreten.

Baron Tremel hat kürzlich begrüßt und hochgeehrt, im Nationalliberalen Verein in Nürnberg einen Vortrag über den Materialismus als das Grab der Kultur gehalten, mit dem er zugleich den Konismus verdammt und den Idealismus als einzigen Förderer zum Aufschwung und zu großen Taten pries.

Inzwischen ist, wie schon gemeldet, der Barren vom erzbischöflichen Ordinariat in Bamberg mit der insensu a divinis und Akerkennung der Rechte und Abhängigkeiten zur Sakramentspendung bedroht worden, wenn er die ihm zugewiesene und von ihm bereits mit Entrichtung zurückgewiesener reumütige Abbitte und Gehorsamsklärung nicht innerhalb acht Tagen unterzeichnet. Barren Tremel hat an den Erzbischof Albert nach Wies bei Bogen einen Brief geschrieben, in dem er bemerkte, daß im Bamberger Diözesan-Kreis wie früher auch in den letzten Jahren eine Reihe von sittlichen und sonstigen Verfehlungen vorgekommen sei. In keinem dieser Fälle habe man dem Fehlenden die demütigende Strafe einer öffentlichen Abbitte auferlegt. Er könne nicht zugeben, mit seinem Austritt im Nationalliberalen Verein in Bamberg dem Barren des Erzbischofs, dem er abbitte zu wider gehandelt zu haben, noch weniger, daß seine Anhänglichkeit zu diesem hochangehörteten Verein ein Vergehen gegen die Verfassung des erzbischöflichen Ordinariats Verungung in Würzburg eintrage und den landesherrlichen Schutz anrufen. Aber das Jurium hat schon alle Modernisten zu Boden geschlagen, es wird auch Barren Tremel nicht schonen und vertraut darauf, daß der bayerische Staat längst wieder der Hausmacht Rom geworden ist.

(Nachspiel zur Stichwahl in Bingen Alen.) Das Eintreten der Nationalliberalen für den Zentrums-kandidaten in Bingen-Alen scheint noch ein Nachspiel haben zu sollen. Blättermeldungen zufolge hat der Vorsitzende der nationalliberalen Partei des Großherzogtums Hessen, Reichstags Abgeordneter Dr. Lamm, den Vorsitz niedergelegt. Der Grund dürfte darin zu suchen sein, daß die Nationalliberalen des Wahlkreises Bingen-Alen die Parole des Zentralverbandes der nationalliberalen Partei, für Sorell einzutreten, nicht befolgt. Dr. Lamm aber dem Zentralverbande angehört.

(Ergebnisse im ostasiatischen Staat.) Der Stat des ostasiatischen Detachements, das am 1. April 1909 von der Verwaltung der kaiserlichen Marine übernommen und der asiatischen Besatzung angegliedert werden soll, wird nach der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung eine erhebliche Einschränkung erfahren. Die Stärke des Detachements wird von 750 auf 150 Köpfe reduziert werden. Es bedeutet dies eine Ersparnis von rund 1½ Millionen Mark.

Präsident Taft und die Deutschen.) In einem Briefe an den Herausgeber des New Yorker Deutschen Herald dankt, wie ein New Yorker Trohbericht meldet, Präsident Taft für die politische Anerkennung durch die Deutsch-Amerikaner und bemerkt weiter, sein Vater habe besondere Bewunderung für die Deutschen gehabt. Er selbst habe ständig mit Deutschen verkehrt und deren Bürgertugenden bewundert. Taft führte wörtlich aus: „Es ist mir eine besondere Genugung, zu wissen, daß die Beziehungen Amerikas zu Deutschland niemals herzlicher, voll gegenseitiger Zumparthe waren, als heute. Diese Bande werden noch geknüpft durch die Deutschen, die in den letzten 25 Jahren Amerikaner wurden.“

Winter? Infolge der Breitenbewegung der Winter an der Mosel und Saar gegen die Reichstags der Weingebirgsmission hat der Staatssekretär von Bethmann-Holweg eine Anzahl Vertreter der erwähnten Weingebirgsmission zu einer Besprechung über das Weingebirgs vom 8. März nach Berlin berufen.

Arnds.
Callberg
m m!
wunderbar
me.
zeit, humor.
Schmugglerin.
offenen.
Tage von
ndig neues
Schlosserstr.
ndorf.
verein
-C. u. Umg.
sind zu Sonn-
März, abends
-Vortrag
„Lene“
erzähltes Bild-
g u. Umgebend
der Vorwand.
nd
blachten
epler, Baderg.
h-Adel
i Zahnstemer-
lg., in der
um Kreuz
zmann.
hliches
dhen
eil nach Zwickau
Höber,
Hofstraße 21.
idlig.
to Bedienung!
g Drechsel.
ndorf.
März halten
S
ein.
r u. Fran.
in
ern
nden).
chhandlung von
berg.